№ 148. Donnerstag den 29. Juni 1848.



Zei=tung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof=Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: E. Hensel.

An die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des 2ten Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses vom 1sten Juli ab unter dem Titel „Posener Zeitung" erscheinende Blatt 1 Rthlr. 7$\frac{1}{2}$ Sgr., auswärtige aber 1 Rthlr. 18$\frac{3}{4}$ Sgr. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Montags täglich erscheinende Zeitung auf allen Königlichen Postämtern durch die ganze Monarchie zu haben ist. — Die Pränumeration für ein Exemplar auf Schreibpapier beträgt 15 Sgr. für das Vierteljahr mehr, als der oben angesetzte Preis. — Bei Bestellungen, welche nach Anfang des laufenden Vierteljahres eingehen, ist es nicht unsere Schuld, wenn die frühern Nummern nicht nachgeliefert werden können.

Die Zeitungs=Expedition von W. Decker & Comp.

Posen, den 29. Juni 1848.

Inland.

Berlin, den 27. Juni. Des Königs Majestät haben den bisherigen Polizei=Direktor zu Köln, Abgeordneten zur Deutschen National=Versammlung, Müller, zum Unter=Staats=Secretair im Justiz=Ministerium zu ernennen geruht.

Berlin, den 26. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Schullehrer Scheumann zu Kupferberg, Regierungs=Bezirk Liegnitz, und dem bisherigen Lehn= und Kreis=Schulzen Krüger in Prieros, Kreis Beeskow-Storkow, das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Gasthof=Besitzer Louis Kener zu Deutz am Rhein die Rettungs=Medaille am Bande; den Divisions=Auditeuren Bornemann bei der 1sten Garde=Division, Held bei der 13ten, Naufester bei der 5ten und Schlitte bei der 6ten Division den Justizraths=Titel zu verleihen.

Se. Excellenz der Präsident des Staats=Ministeriums, von Auerswald, ist von Königsberg in Pr., der interimistisch mit Leitung des Ministeriums des Innern beauftragte Regierungs=Präsident Kühlwetter ist von Aachen und der Unter=Staats=Secretair im Justiz=Ministerium, Müller, ist von Köln hier angekommen.

Posen den 28. Juni. Das neue Ministerium ist endlich nach vielen Mühen gebildet, und auch sofort der National=Versammlung gegenüber mit einem Programm aufgetreten. Des früheren Hauptfehler war Mangel an Energie; bei einer Geschäftigkeit und Emsigkeit sonder gleichen fehlte ihm die Macht, einen Willen bestimmt durchzusetzen, wirkliche Thatkraft und der Muth der eigenen Ueberzeugung; mitunter verrichtete es Sisyphus=Arbeiten, denn die schwer hinaufgerollten Steine entglitten ihm am Ziele plötzlich, und die Arbeit mußte noch einmal beginnen. Zwei Umstände haben auf diese Haltung des Ministeriums Camphausen bedingend eingewirkt: es war ein Ministerium der Revolution, und der König hatte bei Bildung des Kabinets erklärt, Preußen solle fortan in Deutschland aufgehen. Durch Beides wurde dem Kabinet eine gewisse Passivität angewiesen, denn es glaubte in Anbetracht der März=Ereignisse und des Bruchs mit der Vergangenheit den Parteien den Kampf in der öffentlichen Meinung überlassen zu müssen, und da es früher entschieden gegen jedes staats=polizeiliche Einschreiten und für das Princip des „Volksschutzes" sich erklärt hatte, so blieb es den größten Ueberschreitungen gegenüber unthätig, und vergaß zugleich, daß in Zeiten von Krisen im Strudel der Parteien die thätigste rasch die Oberhand gewinnt, und der wirklichen Staatsgewalt sich gegenüberstellt. Und so war es ja auch in der letzten Zeit in Berlin der Fall; das Ministerium, das sich selbst bis zum Zusammentritt der National=Versammlung in einem rechtlichen Provisorium glaubte, erwartete von dieser schleunigen Beistand; damals aber hatte die Partei des Umsturzes sich schon mit einzelnen Gliedern der constituirenden Versammlung in Verbindung gesetzt und die schlaffe Majorität versagte ihre Hilfe. Auch das Verhältniß zu Deutschland brachte das Ministerium in eine schiefe Stellung: den unleugbar feindlichen Gefühlen, die künstlich genährt oder aus früheren Antipathieen sich in der letzten Zeit bei der Aussicht auf eine preußische Hegemonie bis zum bittersten Haß gesteigert hatten, den wühlerischen Bestrebungen, die im Bunde mit der Anarchie in Berlin, Breslau und Köln sich die moralische Auflösung Preußens zum Ziel gesetzt hatten, setzte es des Staats Aufopferungsfähigkeit entgegen, meinte jeden Glauben an einen preußischen Egoismus im Keime durch Thaten zu zerstören, ohne daß es die Ungläubigen befriedigt hätte, wohl aber in gewisser Weise zum Nachtheil von Preußen selbst, wo den Parteien das Bestreben der innern Schwächung und Auflösung schon Früchte trug. Eine Folge der Schwäche der Verwaltung war die im höchsten bedenklichsten Grade zunehmende Gesetzlosigkeit; hiergegen erklärt nun zuerst das neue Kabinet ausdrücklich, es halte sich überzeugt, „daß die Wünsche und Bedürfnisse des Landes die Stärkung der Staatsgewalt dringend erheischen, damit auf der einen Seite keine Besorgniß vor einem Versuch der Wiederherstellung des früheren Regierungs=Systems entstehe, auf der anderen Seite die Freiheit nicht in Anarchie ausarte." Es wird dazu ganz richtig bemerkt: „daß die größten Gefahren im Innern und nach Außen für Preußen und Deutschland entstehen würden, wenn nicht bald das Vertrauen auf gesetzmäßige Ordnung und auf feste Begründung der konstitutionellen Monarchie sich allgemein befestigte." Indem das Ministerium vor Allem mit dem Volke erklärt, „die dauerhafte Begründung der konstitutionellen Monarchie zu wollen," hält es „deshalb" fest „am Zweikammersystem und dem Grundsatze, daß die gesetzgebende Gewalt von den beiden Kammern und dem Könige gemeinschaftlich ausgeübt werde." Die Fehler der früheren Vorlage in Betreff der Art der Bildung des Oberhauses werden eingestanden, und es „möge die erste Kammer auf eine volksthümlichere Basis, als es in dem von der Regierung vorgelegten Verfassungs=Entwurfe vorgeschlagen worden ist, begründet werden." Der gerechtfertigte Vorwurf, der dem Entwurf damit gemacht ist, daß er mehr eine Copie der charte de 1830 als ein auf allseitige Autonomie in deutscher Weise sich gründende Vorlage sei, weshalb namentlich schmerzlich ein Gesetz über Bürgerwehr, über Entfesselung des Bodens, vor Allem eine Gemeindeordnung vermißt wurde, wird durch in Aussicht gestellte bezügliche Vorlagen gehoben, namentlich wird die schleunigste Einbringung „einer auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung der Gemeinde=Interessen beruhenden Gemeinde=Ordnung" zugesagt. Eine Reorganisation der inneren Verwaltung, besonders durch Entfernung der dem Wesen der Zeit unzugänglichen Beamten wird versprochen, da „es dringend nothwendig scheint, daß die innere Landesverwaltung überall mit den konstitutionellen Grundsätzen in Einklang gebracht werde." Nachdem noch wesentliche Reformen der Steuergesetzgebung zur schleunigsten Mittheilung kommen sollen, fehlt auch zum Schlusse nicht der Zankapfel der Gegenwart, die „Anerkennung der Revolution." Das neue Ministerium erkennt diese an, „eine Revolution, deren ruhmvoller Charakter darin besteht, daß sie ohne Umsturz der staatlichen Verhältnisse, die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat." Es faßt aber „die denkwürdigen Ereignisse des Monats März" „in der Gesetzgebung, der Verwaltung, im Thun und Handeln — nicht in abstrakten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgesetzt sind" auf, und hierin stimmen wir ihm vollständig bei, und sehen nun seiner Wirksamkeit mit einem Glückauf entgegen.

Druckfehler=Berichtigung. In dem gestrigen Leitartikel fällt in der zweiten Spalte Zeile 16 von unten „sich" weg, und Zeile 11 von unten ist statt „bestimmenden" „beistimmenden" zu lesen.

---

† Posen, den 28. Juni. Von Seiten des Ministeriums des Innern ist der konstituirenden Versammlung eine ziemlich umfangreiche „Denkschrift über die Ereignisse im Großherzogthum Posen" mitgetheilt worden, welche die Gestaltung der Dinge in der Provinz seit dem 20sten März d. J. bis zur Abreise des Herrn Generals von Pfuel in durchaus klarer, ruhiger, höchst übersichtlicher Weise darlegt. Indem überall Aktenstücke zu Grunde gelegt werden, erhält die Schrift auch durch eine geeignete, zusammenfassende Darstellung des Ganges der Verhältnisse, durch lebhafte, glückliche Gruppirung der Parteien, vor Allem aber durch strenge Wahrheit und Vermeidung jeder absichtlichen Begünstigung oder Benachtheiligung ein erhöhtes Interesse, und unseren Lesern werden die Mittheilungen, die wir von morgen ab hier folgen lassen, in vielfacher Weise erwünscht sein und ihnen dabei aufs Neue Gelegenheit geben, diejenigen zu erkennen, die am meisten Schuld an dem tragischen Verlauf der Erhebung haben.

* Posen, den 28. Juni. Als die Zeichen, wie weit die Einwirkung der ultramontanen Partei gegangen ist, das Polenthum mit dem Katholizismus zu identifiziren, und wie es ihr gelungen ist, aufs Neue religiöse Zwietracht hervorzurufen, kann folgender uns mitgetheilte Auszug aus einem dem Unterstützungsausschuß des hiesigen Central=Comités zugegangenen Schreiben des evangelischen Pfarrers Höhndorf zu Malmedy dienen:

„Verehrte Herren!

Schon ehe Ihr Aufruf in den Rheinischen Blättern erschien, hatten die Berichte der Elberfelder Zeitung über den traurigen, fast möchte ich sagen, grausigen Zustand unserer armen Deutschen Landsleute in der Provinz Posen bei mehreren meiner Gemeindeglieder den Wunsch rege werden lassen, mit unsern geringen Kräften den Deutschen Brüdern in ihrer Noth wenigstens zu zeigen, wie gern wir ihnen Hülfe in ausgedehnterem Maßstabe leisten möchten. Leider habe ich bei der Sammlung mich nur auf die kleine protestantische Gemeinde hiesigen Orts beschränken müssen, und diese zählt kaum 200 Seelen, da bei den Katholiken durch allerlei undeutsche Berichte die faden Sympathien für das Polenthum rege zu halten gesucht wurden. Klein ist freilich nur unsere Gabe, aber berücksichtigen Sie die Gesinnung, aus der sie fließt, und sie werden sie nicht verächtlich finden. Malmedy (R.-B. Achen), den 20. Juni 1848.

Genehmigen Sie u. s. w. F. Höhndorf,

An den Unterstützungs-Ausschuß des Deutschen Central-Comité's zu Posen."

† † **Berlin**, den 25. Juni. Die Uebergriffe der republikanischen Partei haben sich am Entschiedensten jetzt herausgestellt, nachdem der „demokratische Central-Congreß in Frankfurt beschlossen hat, die republikanische Central-Gewalt hierher zu verlegen. Zu diesem Behufe werden Fröbel, Krig und Rau hier ihre Residenz aufschlagen, um erstens die Leitung der republikanischen Vereine für ganz Deutschland in die Hand zu nehmen und zweitens den hiesigen demokratischen Clubb, der jetzt offen und höchst geschickt für die Republik agirt und von dessen Thätigkeit man sich in Süddeutschland viel verspricht, in innigem Zusammenhang mit den übrigen Vereinen zu halten. Daß unglaublicherweise die Central-Gewalt gerade nach Berlin verlegt worden, hängt mit der Absicht zusammen, einen glänzendsten Beweis zu liefern, wie die republikanischen Elemente in Berlin vorwiegen, ist aber eher ein freches, auf Täuschung berechnetes Schauspiel, als ein irgend durch die Verhältnisse gerechtfertigtes Unternehmen. Nicht zu leugnen ist, daß durch die Schlaffheit, die Trägheit und die Gleichgiltigkeit des besseren Theils der hiesigen Bevölkerung, durch die Kraftlosigkeit der Bürgerwehr und ihrer Führer, durch die unentschiedene Haltung der hiesigen Gerichte der anarchischen Fraktion in der Bevölkerung ein weiter Spielraum gelassen ist, nichtsdestoweniger aber ist deren Sinn für eine die Interessen der Dynastie berücksichtigende Staatsform in den weitesten Schichten der Berliner Bevölkerung noch so vorwiegend, daß beim ersten Zusammenstoße unbedingt der Sieg des Constitutionalismus in Aussicht steht. Um so erfreulicher ist der Plan des hiesigen konstitutionellen Vereins, in nächster Zeit einen großen konstitutionellen Congreß Deutschlands hier zusammenzuberufen, in dem neben einer Verständigung über die Principien der demokratisch-konstitutionellen Staatsform gleichzeitig eine Einigung über die Mittel zu deren Unterstützung, wie überhaupt eine Umschau über die für das konstitutionelle Princip kämpfenden Persönlichkeiten, über die zu ihm stehenden Gebiete u. s. w. geboten sein soll. Eine starke Beschickung dieses Congresses ist sehr wünschenswerth.

△ **Berlin**, den 26. Juni. Das neue Ministerium ist endlich gebildet. Die Liste, so wie ich sie schon früher mitgetheilt. Bemerkenswerth ist, daß Herr v. Auerswald ohne besondere Lust den Vorsitz im Ministerium angenommen hat. Ob der Mann Energie hat, ob er im Gegensatz gegen seinen Bruder nicht blos als edler und liebenswürdiger Mensch, sondern auch als Staatsmann, und als solcher erforderlichen Falls mit Kühnheit den von allen Seiten uns bedrohenden Gefahren entgegen treten werde, weiß Niemand; doch scheint es schon jetzt bezweifelt zu werden. Auffallend und höchst ungewöhnlich ist, daß Hansemann das Ministerium gebildet hat, dessen Präsident nicht er, sondern ein Anderer werden soll. Die nächsten Maßnahmen des neuen Ministeriums gegen die Anarchisten werden uns über dessen Kraft und Absichten Aufschluß geben. Nicht eine in sich kräftige, von einem im Kerne des Volks wurzelnden Prinzip getragene, von bedeutenden Leitern geführte Partei will alles Bestehende umstürzen, die Partei, die zuletzt den schmachvollen Angriff auf das Zeughaus geleitet, die alles was unserem Volk bisher heilig war, entweiht, und in frechster Weise den zu ihrer Unterdrückung völlig ausreichenden Gesetzen Hohn spricht, die in diesen Tagen ohne Zweifel einen neuen Schlag vorbereitet, hat keinen anderen Halt als in der Schwäche der vollziehenden Gewalt, und wird wenigstens hier, in Breslau und an anderen großen Orten ihren alles vergiftenden und untergrabenden Einfluß so lange ausdehnen, bis das Ministerium kräftig gegen sie einschreitet. — Viel ist für Preußen gewonnen, wenn nur erst der Dänische Krieg beendet ist, was man in kürzester Frist hofft. An eine Einheit Deutschlands glauben hier nur Wenige, sie wird unmöglich, wenn Preußen mehr und mehr zerfällt, und diesem Schicksal kann Preußen nicht anders entgehen, als wenn es selbst auf manche Gefahr hin, sich zusammenfaßt, und dem Hohne, mit den es bisher sich hat gefallen lassen, mit Festigkeit, Würde, aber auch mit völliger Freiheit von reaktionairen Tendenzen entgegentritt.

P ✱ **Berlin**, den 25. Juni. Gestern Abend hat sich ein neuer Verein constituirt, der sowohl für das politische Leben Berlins als auch in socialer Beziehung von ersprießlichem Nutzen werden kann. Er nennt sich Bezirks-Central-Verein.

Als Behufs der Urwahlen die Urwähler in ihren einzelnen Bezirken Versammlungen hielten, um die Wahlmanns-Candidaten zu hören und über sie sich zu besprechen, da erkannte man bald, daß derartige Bezirksversammlungen sehr geeignete Mittel wären, um verschiedene jetzt in den Vordergrund getretene Zwecke zu erreichen, namentlich zur allmähligen Beseitigung des schroffen Ständeunterschiedes und des Kastengeistes zu wirken, die einzelnen Bezirksangehörigen einander näher zu bringen und einen Verhältniß engeren, auf Vertrauen gegründeten Verkehrs hervorzurufen, mit Rath und That die würdigen Hülfsbedürftigen zu unterstützen, und durch besonnene Besprechung der wichtigsten Lebensfrage politischer Bildung in ruhiger angemessener Weise zu befördern. Es bildeten sich daher auch wirklich sehr bald nachher in einzelnen Bezirken solche aus den Urwähler-Vorversammlungen hervorgegangene Bezirksvereine und wirkten in der eben angedeuteten Weise zum Theil schon recht seegensreich, richteten Darlehnskassen ein u. dgl. m. Jetzt hat sich nun aus diesen einzelnen Vereinen der Bezirks-Central-Verein gebildet, „um den Bestrebungen der einzelnen Bezirksvereine durch gegenseitige Ausgleichung oder Unterstützung der Ansichten, Wünsche und Forderungen eine größere Geltung zu verschaffen, ohne die Selbstständigkeit der Bezirksvereine durch die Wirksamkeit des Centralvereins in irgend einer Weise zu beschränken." Wenn es auf eine allgemeine politische Repräsentation von ganz Berlin ankommt, so dürfte dieser Centralverein dazu geeigneter sein, als der Wahlmänner-Verein, der, da seine Funktionen lediglich in der Wahl der Abgeordneten bestanden haben, sich durchaus nicht ansehen kann als gewählt, um Berlin in irgend einer anderen Weise zu vertreten. Zur Abhilfe der drückenden Noth in dem Tischlergewerke ist man auf den klugen Gedanken gekommen, eine Möbel-Lotterie zu veranstalten. Es werden 20,000 Loose zu 1 Thlr. das Stück verkauft. Die Gewinne sind 3 Hauptgewinne zu 300 Thlr., 200 und zu 100 Thlr., zwei zu 80 Thlr., vier zu 60 Thlr., sechs zu 50 Thlr., zwölf zu 40 Thlr. und so herab bis 422 Gewinne zu 5 Thlr. Der erste Hauptgewinn besteht in 1 Cylinderbureau, 1 Spiegel mit Commode, 1 Sopha und 6 Polsterstühlen, 2 Lehnstühlen, 1 Sophatisch, 1 Spieltisch, 1 Servante, 1 Blumentisch. Der zweite Hauptgewinn eben so, nur Rohrstühle, keine Lehnstühle und Chiffoniere statt Blumentisch. Die kleinen Gewinne bestehen in einzelnen Möbeln der verschiedensten Art. Der Plan ist sehr zu empfehlen. Seine Ausführung ist eine Wohlthat für die armen Tischler, die keinem der Wohlthuenden schwer fällt, wohl aber 1800 von ihnen noch einen ganz artigen brauchbaren Dank einbringt. Wer sich betheiligen will, muß aber eilen, denn mit dem 1. Juli soll die unter polizeilicher Aufsicht vorgenommene Ziehung schon beginnen.

— Unter den unendlich zahlreichen Denkschriften und Mittheilungen, welche der National-Versammlung tagtäglich zugehen, dürfen wir eine nicht übersehen, welche sich sehr bald in den Vordergrund drängen wird, da sie eine überaus starke Partei in der Kammer zur Stütze hat und gewisser Maßen das Programm dieser Partei enthält. Es ist den Kammer-Mitgliedern nämlich die Abschrift einer von dem Erzbischof und den Metropolitan-Capiteln von Posen und Gnesen an den König gerichteten Eingabe und eines ausführlichen dabei überreichten Promemoria's zugegangen, „betreffend die Beeinträchtigungen der katholischen Kirche im Großherzogthum Posen seit der Königl. Preußischen Besitznahme". Bezicht sich diese Eingabe auch nur zunächst auf einen einzelnen Landestheil, so handelt es sich hier doch um Beschwerden, welche von den Katholiken Schlesiens, der Rheinlande und Westphalens in gleichem Maße erhoben werden und für deren Beseitgung man keine Mühe scheuen zu wollen entschlossen scheint. Deshalb ist die oben erwähnte Eingabe des Erzbischofs Przyluski ein beachtenswerthes Aktenstück, weil sie uns eine Uebersicht dessen gewährt, worauf die katholische Partei auf dem Landtage ihre Bestrebungen zu richten gedenkt. Die Denkschrift entwirft in 14 Punkten ein scharf gezeichnetes und zum Theil detaillirt ausgeführtes Bild der Beeinträchtigungen, „durch welche die katholische Kirche in Preußen zurückgesetzt, in ihren verfassungsmäßigen Rechten verletzt, in den Zustand gänzlicher Abhängigkeit von der Staatsbehörde gebracht und zu einer wahren Ecclesia pressa geworden ist." Es wird in der Eingabe an den König namentlich erinnert an „die Schmälerung der wesentlichen Rechte des Episcopats in der Leitung und Aufsicht der kirchlichen Angelegenheiten, so wie in Ausübung der geistlichen Jurisdiktion, — die Eigenmächtigkeit in Auflösung dem Volke werther und nützlicher kirchlicher Corparationen und Verwendung des Vermögen derselben zu frembartigen Zwecken, — die Verfolgung einseitiger, dem Katholicismus feindseliger Tendenzen, insbesondere bei Organisirung und Verwaltung des Schulwesens, verbunden mit kränkender Zurücksetzung und Nichtberücksichtigung der religiösen Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung." In dem Promemoria wird dann ferner ausführlich nachgewiesen, wie die Bulle De salute animarum, deren sachliche Verfügungen durch die Kabinets-Ordre vom 23. August 1821 als bindendes Statut der katholischen Kirche des Staates erklärt seien, noch nicht erfüllt, wie namentlich einzelne Dotationen noch gar nicht bewerkstelligt, ferner die Dotationssummen bisher gemäß den Stipulationen der Bulle weder hypothekarisch sicher gestellt, noch durch event. Ueberweisung an Landgütern und Staatswaldungen realisirt seien, so daß es bis jetzt lediglich in dem Gutbefinden der Behörden liege, durch einen bloßen Erlaß an die betreffende Regierungs-Haupt-Kasse die Zahlung der diesfälligen Zuschüsse zur Dotation jeden Augenblick zu inhibiren, und es werden Fälle, wo dies wirklich vorgekommen, nachgewiesen; es wird durch eine Menge von Beweisen dargethan, „daß der Regierung sowohl in Beziehung auf das höhere, wie das Elementar-Schulwesen mit Grund der Vorwurf gemacht werden könne, daß sie, statt hierin den Katholiken aufrichtig und unparteiisch entgegen zu kommen und deren Bildung auf ihrer confessionellen Grundlage zu fördern, vielmehr bei ihren Schul-Einrichtungen fast immer ihre auf Bevorzugung der Protestanten hinausgehenden Tendenzen verfolgt habe"; es wird das die Kirchenfreiheit hemmende landesherrliche Placet bei Besetzung geistlicher Stellen, so wie bei Erlaß bischöflicher Hirtenbriefe, und überhaupt die ungebührliche Ausdehnung des sogenannten Ober-Aufsichtsrechts des Staates auf kirchliche Angelegenheiten gerügt; es werden die Beeinträchtigungen in Beziehung auf die gemischten Ehen noch einmal durchgegangen, die noch immer fortdauernde Existenz der die Rechte der Parität in Betreff der Katholiken so handgreiflich verletzenden Militär Kirchenordnung angefochten, — einer Menge unwesentlicherer Punkte nicht zu gedenken. Man sieht aus dieser hier gegebenen Uebersicht dieser wichtigen Denkschrift, auf welche Punkte von der katholischen Partei auf dem Landtage das Augenmerk gerichtet ist, und so viel scheint unzweifelhaft gewiß, daß ein harter Kampf um Durchsetzung derselben nahe bevorstehe; Vorbereitungen und Verständigungen dafür sind allseitig getroffen,

und es ist die Partei, welche diesen Kampf auszufechten gedenkt, sehr bedeutend und legt ein großes Gewicht für die Entscheidung aller übrigen Fragen in die Wagschale.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Zwanzigste Sitzung, vom 26. Juni,

Beginn: 12½ Uhr. Vorsitzender: Vicepräs. Esser. Derselbe theilt ein Schreiben des bisherigen Präsidenten Milde mit, mit welchem dieser, da des Königs Maj. ihn zum Handelsminister berufen, seine bisherige Würde darniederlegt.

Sekretär Abg. v. Daniels verließt das Protokoll der Sitzung vom 20. d. M., welches, nach einem sofort beseitigten Einwande des Herrn v. Berg ohne Weiterungen angenommen wird.

Hr. Camphausen (gespannte Aufmerksamkeit): Das Bedürfniß, einige Worte zu Ihnen, meine Herren, zu reden, liegt für mich sehr nahe. Die Nationalversammlung, das ganze Land erwartet mit Recht eine Erklärung über meinen Austritt aus dem Ministerium. Die frühere politische Verfassung unseres Reiches bot nur Wenigen eine hinreichende Gelegenheit, sich dem Lande bekannt zumachen. Vier Mitglieder der nach den März-Ereignissen berufenen Ministerien gehörten diesen an. Sie wurden durch Vertrauen der Krone und des Volkes an ihre Plätze gestellt, wenngleich sie unter einander in mancher Beziehung nicht vollständig überstimmten. Sie mußten mit allen Schichten der Gesellschaft in Verbindung treten, und sich bestreben, dem Einen Vertrauen, dem Anderen dagegen mindestens kein Mißtrauen einzuflößen; sie mußten dahin wirken, ein Ministerium der Vermittlung, des Ueberganges aus der alten in die neue Zeit zu bilden. Deshalb beanspruche ich mit ganzer Zuversicht, daß man meine Handlungsweise auf dem Boden beurtheilen werde, auf dem ich gestanden. Ich unterwerfe mich jedem billigen Urtheil, ob die Aufgabe, die ich mir stellte, nicht so hat gestellt werden müssen. Wenngleich die Zweckmäßigkeit mancher von mir gewählten Mittel fraglich gemacht wurde, so konnte hinwiederum darüber kein Zweifel obwalten, wann der Augenblick einer durchgreifenden Modifikation gekommen war. Diese wurde unerläßlich, sobald 1) mein Ministerium einer starken Majorität in der Versammlung entbehrte, und 2) als die Bedeutung der hiesigen Märzereignisse verschieden aufgefaßt wurde, und namentlich aus der Benennung Revolution allerlei Consequenzen gezogen wurden. Die Versammlung selbst befand sich in diesem Sinne in einem entschiedenen schreienden Gegensatze. Anstatt, daß eine Auffassungsweise, wie ich sie aufstellte, die nöthige Majorität der Versammlung für das Ministerium stärken sollte, wurde ich inne, daß die Vervollständigung des von mir gebildeten Cabinettes unmöglich sei, weil man an den Bestand desselben nicht glaubte. Das der Grund meines Abtretens! — Und dennoch darf ich behaupten, daß ich mein Portefeuille im besten Zustande zurückgegeben. Die constituirende Nationalversammlung ist berufen worden, der Thronfolger zurückgekehrt, begehrte heilsame Gesetze theils vorgelegt, theils vorbereitet. — Es bleibt der Kammer nunmehr überlassen, daß sie sich auch über ihre eigene Gesinnungen klar werde.

Das aber muß ich noch schließlich hinzufügen, daß zwei Gründe meinen Austritt nicht veranlaßt haben: 1) nicht die auswärtigen kriegerischen Verhältnisse, denn gerade an dem Tage, an welchem ich meine Dimission einreichte, trafen annehmbare Friedensvorschläge ein und 2) nicht etwa die Beschränkung in der Wahl meiner Mit-Minister, denn ich hatte die ausgedehntesten Vollmachten in Händen.

Möge die Kammer ihr Heil und ihr Gedeihen darin finden, daß sie vor allen Dingen das ausgedehnteste Selbstvertrauen gewinne, dann ist ihr und uns Allen geholfen! — (Rauschendes Bravo.)

Finanzminister Hansemann: Dem, was mein verehrter Freund in Bezug auf die erfolgte Auflösung seines Cabinettes gesprochen, habe ich nichts hinzuzufügen. Doch ich muß mich seinem Vortrage anschließen, da mich des Königs Majestät nach seinem Abgange mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragte. Zur Ausführung einer solchen Mission ist eben großes Vertrauen nöthig, das bei mir vermuthet wurde, zudem besaß auch ich die breitesten Vollmachten. Auch mein Zweck mußte sein, dem Ministerium eine starke Majorität zu verschaffen Doch auch mir gelang das Werk, welches mein verehrter Freund erfolglos angegriffen, nicht, wenngleich ich an dem jetzt gebildeten Cabinette Antheil genommen. — Es möge mir vergönnt sein, hier die Grundsätze offen darzulegen, die demselben fortan zur Richtschnur dienen werden:

„Wir wollen die dauerhafte Begründung der constitutionellen Monarchie. Deshalb halten wir fest an dem Zweikammeer-System und an dem Grundsatze, daß die gesetzgebende Gewalt von den beiden Kammern und dem Könige gemeinschaftlich ausgeübt werde. Deshalb wollen wir aber auch, daß die Bildung jeder Kammer in einer Weise erfolge, durch welche ihr hinreichendes Vertrauen und Ansehen im Volke gesichert wird; zu diesem Zweck möge die erste Kammer auf einer volksthümlicheren Basis, als es in dem von der Regierung vorgelegten Verfassungs-Entwurf vorgeschlagen worden ist, begründet werden.

Wir halten uns überzeugt, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Landes die Befestigung der erworbenen Freiheit und, — zum Schutze derselben, so wie zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens — die Stärkung der Staatsgewalt dringend erheischen; damit auf der einen Seite keine Besorgniß vor einem Versuch zur Wiederherstellung des früheren Regierungs-Systems entstehe, auf der anderen Seite die Freiheit nicht in Anarchie ausarte. So weit die bestehenden Gesetze nicht zur Erfüllung dieser Aufgabe ausreichen, werden wir keinen Anstand nehmen, Ihre Mitwirkung zur Erlangung der nothwendigen Mittel in Anspruch zu nehmen; denn die größten Gefahren im Innern und nach Außen würden für Preußen und für Deutschland daraus entstehen, wenn nicht bald das Vertrauen auf gesetzmäßige Ordnung und auf feste Begründung der constitutionellen Monarchie sich allgemein befestigte. Zur Erreichung dieses Zweckes werden wir nicht nur gemeinsam mit Ihnen die Vereinbarung über die Staats-Verfassung zu fördern uns bemühen, sondern Ihnen auch in kurzer Zeit diejenigen Gesetzte vorlegen, welche am nothwendigsten sind, um die mit der neuen Verfassung nicht vereinbaren Verhältnisse zu ändern und in Harmonie mit derselben zu bringen. Wir werden Ihnen unverzüglich zur weiteren Entwickelung der nationalen Wehrkraft ein Gesetz über die Bürgerwehr vorlegen; ihr Beruf ist, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen, so wie bei der Vertheidigung des Landes gegen äußere Feinde mitzuwirken. Bereits besitzen Sie eine Denkschrift, in welcher die Grundzüge eines Gesetzes zur Befreiung des Eigenthums von den Fesseln angedeutet sind, die dessen vortheilhafteste Benutzung in einem großen Theile der Monarchie lähmen. Unsere eifrigste Sorge wird darauf gerichtet sein, dies| Gesetz bald zu entwerfen nud vorzulegen. Es erscheint uns dringend nothwendig, daß die innere Landes-Verwaltung überall mit den constituirenden Grundsätzen in Einklang gebracht werde. Zu diesem Zwecke werden wir bald den Entwurf einer freisinnigen Gemeinde-Ordnung, die auf dem Grundsatze der Selbst-Verwaltung der Gemeinde-Interessen beruht, einbringen. Indessen wird damit jener Einklang noch nicht genügend und nicht frühzeitig genug erreicht, und eine durchgreifende Umbildung der Bezirks-Verwaltung ist nothwendig, wenn die Organe der Staats-Gewalt überall harmonisch mit dem Ministerium im constitutionellen Geiste kräftig wirken sollen. Wir glauben, daß dies Bedürfniß allgemein erkannt wird. Deshalb werden wir nächstens eine Reorganisation jener Verwaltung anordnen, durch welche die Ausführung der Gemeinde-Ordnung zweckmäßig vorbereitet und die Organe der Staatsgewalt vereinfacht und gekräftigt werden.

Unser Plan zur Reorganisation der Rechtspflege geht von der Absicht aus, die anerkannten Vorzüge des Rheinischen Gerichtsverfahrens in nicht ferner Zukunft im ganzen Lande zu verallgemeinern und die diesen Zweck befördernden Vorbereitungen zu beschleunigen. In der Steuer-Gesetzgebung sind wesentliche Reformen vorzubereiten; die dringlichste ist das Aufhören der Steuerbefreiungen, zu deren Beseitigung ein Gesetz vorgelegt werden wird. Zur Belebung der Erwerbthätigkeit, also zur Beseitigung der Noth der handarbeitenden Volksklassen, giebt es für jetzt kein wirksameres Mittel, als die Herstellung des geschwächten Vertrauens auf Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und die baldige festen Begründung der konstitutionellen Monarchie. Indem wir mit allen Kräften dieses Ziel verfolgen, wirken wir also der Erwerbslosigkeit und Noth am sichersten entgegen. Aber die Beschaffung von Beschäftigung durch öffentliche Arbeiten, die dem Lande wahren Nutzen bringen, ist hierzu ebenfalls nothwendig. Wir werden daher in dieser Beziehung den von dem früheren Ministerium bereits begonnenen Weg, nach Maßgabe der uns zu Gebot stehenden Mittel, verfolgen, jedoch noch weit umfassendere Arbeiten zum Heil aller erwerbenden Volksklassen anordnen, sobald mit Ihrer Unterstützung es uns gelingt, die durch Unruhen und Aufreizungen genährten Besorgnisse vor dem Umsturz der staatlichen Verhältnisse zu beseitigen und das zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel nothwendige allgemeine Vertrauen wieder herzustellen. Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserem Thun und Handeln — nicht in abstrakten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgesetzt sind — fassen wir die denkwürdige Ereignisse des Monat März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution auf, einer Revolution, deren ruhmvoller und eigenthümlicher Charakter darin besteht, daß sie — ohne Umsturz aller staatlichen Verhältnisse —¦ die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, steht die Krone; diese Grundlage halten wir fest. (Anhaltender einstimmiger Beifall.) Ministerpräsident v. Auerswald fügt diesem Vortrage einige bestätigende Worte hinzu, welche seine rücksichtslose Hingebung für die gute Sache ausdrücken. Finanzminister Hansemann: Das neue Ministerium hat der hohen Versammlung nunmehr das Programm der Grundsätze für seine künftige Handlungsweise mitgetheilt. Auch der Adreßentwurf befindet sich in Ihren Händen und seine baldige Berathung ist in Aussicht. — Möge dieser Adreßentwurf wieder an die betreffende Kommission zu erneuter Redaktion zurückgegeben werden, damit in der Fassung desselben einige nothwendige Aenderungen vorgenommen werden, welch durche die plötzliche Aenderung der Gesinnungen des Ministeriums bedingt werden. Diese erste Bitte, die wir Ihnen vorlegen, soll uns überzeugen, auf welche Höhe des Vertrauens das neue Kabinet bei Ihnen zu rechnen haben wird. (Murren.) Hr. Weichsel spricht sich sehr energisch gegen diese Handlungsweise des Ministeriums aus. Schon ein Mal sei auf solche Weise eine Kabinetsfrage entstanden. Die Versammlung wolle aber frei berathen und sich nicht „captiviren" lassen. Schon bei der Revolutiosfrage sei von Neuem Zwiespalt entstanden, während doch gerade jene es sei, der wir die Regulirung unserer Verhältnisse zu danken haben. (Unterbrechung, Unruhe.) Vor Jahren habe man die Spiegelfechterei der demagogischen Umtriebe und das Streben Einzelner für wahre Freiheit als die fruchtlosen und verbrecherischen Bemühungen einzelner unruhiger Köpse genannt. Es fiel Niemandem ein, ihre Partei zu führen, wie es jetzt Niemandem einfallen möchte, die Partei der Reaktion zu führen. (Ruf: zur Sache!) Dies gehört zur Sache! Klar ist es aber, daß eine Revolution gewesen, wenn das Bedürfniß derselben sogar, wie hier geschehen, in die untersten Volksklassen gedrungen. (Beifall, Zischen. Man klatscht auf der obersten Tribüne. (Mißbilligung der Kammer.) Finanzminister Hansemann: Es ist nicht unsere Absicht, leichtsinniger Weise Kabinetsfragen aufzustellen; dennoch folgen wir dem parlamentarischen Brauche, daß ein neues Ministerium bei seinem Antritt eine durchgreifende Frage stellt, um zu erproben, mit welchem Grade des Vertrauens es vom Lande begrüßt wird.

Vicepräs. Esser fordert die auf der oben erwähnten Tribüne Befindlichen auf, sich, wie es das Reglement vorschreibt, jedes Zeichens des Beifalls oder des Mißfallens zu enthalten, widrigenfalls er zu anderen Maßregeln greifen werde. Es folgt nun eine längere Debatte, über welche unsere Leser sich aus dem stenographischen Berichte informiren wollen. Ruf nach dem Schluß. Dafür spricht auch Hr. Jung, weil die Sache klar sei und die Ansichten darüber sich festgestellt haben. Das vorige Ministerium habe die Adreßdebatte gefordert, weil es das Bedürfniß, sich auszusprechen gefühlt. Das Bedürfniß, ein Progamm zu bekunden, müsse aber den allgemeinen Bedürfnissen des Laudes weichen. Ueberhaupt sei das Adreßwesen der Zopf des alten Constitutionalismus, indem Adressen lediglich die Wahrheit verhüllen. Hiermit erklärt der Präsident die Debatte für geschlossen. (Nächste Sitzung Dienstag.)

Breslau, den 26. Juni. Nach einer uns heute gewordenen Mittheilung von einem Reisenden ist der Erzherzog Johann am 24. d. M. Vormittags in Wien eingetroffen. Da man seine Ankunft um diese Tageszeit nicht vermuthete, so unterblieb der demselben zugedachte feierliche Empfang. Dagegen wurde ihm am Abende desselben Tages ein großer Fackelzug mit Musikbegleitung gebracht, wofür der Gefeierte vom Balkon der Burg herab seinen tiefgefühlten Dank aussprach. Er soll dabei unter Anderm geäußert haben, daß ihm diese Ovation unendlich wohlthue, da er nicht wissen könne, ob ihm nicht schon am nächstfolgenden Abende eine Katzenmusik gebracht werde. In diesem Falle habe er dann doch

auch einen Ton der Freude in Wien erlebt. Wir wünschen aufrichtig, daß ein solcher Fall niemals eintreten möge, können uns indeß laut nachstehenden Gründen eines leisen Zweifels daran nicht erwehren. Gestern Vormittags nämlich verbreitete sich in Wien das Gerücht, daß der Erzherzog mit sehr beschränkter Vollmacht versehen sei und in Folge dessen seine Anwesenheit nicht die Befriedigung gewähren könne, die man allgemein gehofft hatte. Man beabsichtigt deshalb, am 26. durch eine aus der National-Garde und der akademischen Legion gewählte Deputation den Erzherzog um Mittheilung zu bitten, wie weit seine Vollmachten gehen und für den Fall, daß dieselben, wie das Gerücht besagt, sehr beschränkt seien, ihn zu ersuchen, in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Kaisers unter den obwaltenden Umständen die Stadt möglichst bald wieder zu verlassen. (Schl. Ztg.)

Frankfurt a. M., den 25. Juni. **22ste Sitzung der Deutschen konstituirenden National-Versammlung am 23. Juni.** In der heutigen Sitzung nahm Herr **Zitz** das Wort. Die Auflösung des Bundestags, äußerte er, erscheint nothwendig, da die Vertretung der Fürsten-Souverainetät nicht neben der National-Versammlung, der Vertretung der Volks-Souverainetät, bestehen kann. Es ist gesagt worden, der Bundestag und die Regierungen haben bei den Wahlen mitgewirkt; wäre dies auch der Fall, so haben sie sich der Revolution unterworfen. Der Vorschlag, daß die Bundes-Versammlung als Staatsrath fortbestehen soll, ist ein Zugeständniß; denn dann wäre sie nur ein berathendes Kolleg, keine Regierung. Wozu aber wäre diese berathende Stelle nöthig? Vertreter des Fürsten-Interesses bestehen zu lassen, hat die National-Versammlung keinen Grund. Sind die jetzigen Bundestags-Gesandten, wie behauptet worden, Volksmänner, dann mögen sie von der Centralgewalt verwendet, als Minister bestellt werden. Schon dadurch, daß die Versammlung die Niedersetzung der Centralgewalt beschließt, giebt sie zu erkennen, daß sie eine Einheitsgewalt hinstellen will, der sich die Fürsten unterwerfen müssen. Wollen wir eine starke Centralgewalt, so dürfen wir unserem Rechte nicht das Geringste vergeben, so müssen wir ohne Vereinigung die Centralgewalt bilden. Die provisorische Regierung muß der National-Versammlung verantwortlich sein. Die kollegialische Form (es soll eine Kommission ernannt werden) ist am besten geeignet, das Vertrauen zu stärken. Der Redner und seine Freunde hegen nicht das engherzige Mißtrauen, daß ein ausgezeichneter Mann die anderen ins Schlepptau nehmen, oder daß gegenseitige Eifersüchteleien die Mitglieder aus einander ziehen werden.

Radowitz ist bestimmt worden, für den Vinkeschen Antrag zu sprechen. Er leitet seine Rede mit einigen Bemerkungen über den Stand der Parteien ein. Wenn man unter Reactionairen solche versteht, die das Untergegangene wieder hervorrufen wollen, so steht keiner von denen, die hier sind, in dieser Partei. Es giebt Männer, welche der alten Monarchie treu gedient haben; aber sie haben die Mängel des Polizeistaates nie verkannt; sie wollten den Rechtsstaat mit einem rechtlichen Uebergange; sie wünschten Evolutionen, nicht Revolutionen. Die alten mangelhaften Zustände sind untergegangen; sie sind gewichen, nicht blos dem Gesetz der Nothwendigkeit, sondern der höheren sittlichen Vernichtung. Man will sie nicht mehr zurückrufen. „Richten Sie uns nach unseren Handlungen, dasselbe rufen wir Ihnen zu. Wir Alle wollen Deutschlands Wohl, auf sehr verschiedenen Wegen: darum sind wir politische Gegner. Dies schließt aber persönliche Achtung nicht aus. Es giebt auch persönliche Sebstsucht, aber auf allen Seiten, und sie darf nicht vorausgesetzt werden. Die Festhaltung dieses Grundsatzes würde unser großes Werk sehr fördern." Was die Sache selbst angeht, so giebt der Redner seine ursprüngliche Meinung, nämlich drei Personen zu bestellen, auf, da die Debatte gezeigt hat, daß die Mehrzahl selbst der verschiedenen Parteien für die Einheit ist. Was die Art der Bestellung betrifft, so bestehen zwei Hauptansichten, je nachdem die Ernennung von den Regierungen oder von der National-Versammlung ausgehen soll. Beide Hauptansichten haben drei Unter-Abtheilungen, je nachdem die Regierungen oder die National-Versammlung allein die Ernennung vornehmen oder mehr oder weniger die Initiative ergreifen sollen. Es ist ein bereits vom Redner neulich hervorgehobenes Mißverständniß, wenn gefragt wurde, ob die Wahl von den Fürsten ausgehen solle oder vom Volke. In constitutionellen Staaten sind die Minister Vertreter der Mehrheit des Volkes. Es handelt sich also nur darum, ob die einzelnen Deutschen Volkstheile wählen sollen oder das in der hiesigen Versammlung vertretene ganze Volk. Das erstere ist vorzuziehen, um die einzelnen Stämme zu berücksichtigen. Die Regierungen werden nie einen Mann, der nicht das allgemeine Vertrauen genießt, ernennen. (Widerspruch.) Sie werden es nicht thun, glaubt der Redner; sonst werden sie ihr eigenes Grab graben. Man wird nach dem populärsten Mann greifen, sei er Fürst oder Privatmann. Wenn die National-Versammlung selbst wählt, so wird die Wahl voraussichtlich auf einen und denselben Namen fallen; in der Sache also ist es dasselbe. Wenn die National-Versammlung das Wahlrecht den Regierungen überträgt, so überträgt sie es den einzelnen Volksstämmen. Die National-Versammlung gebraucht ihre Kraft in Weisheit und Mäßigung. Sie überträgt das ihr allein zustehende Recht den Regierungen, daß heißt den einzelnen Volksstämmen freiwillig. (Beifall.)

Ruge ist für den Blumschen Antrag. Der Vorredner erkennt der National-Versammlung das Recht zu, die Personen der Exekutivgewalt zu ernennen, aber auch das Recht, es den einzelnen Staaten zu übertragen, und hält diese Uebertragung für politisch. Dem widerspricht, daß Deutschlands ganze Entwickelung dahin geht, daß mit Aufhebung der Sonderheiten ein Gesammtstaat gegründet werde. Das Nationalgefühl hat überall Platz gegriffen, und seine Berechtigung, ist nicht zu verkennen. Wenn die Versammlung diesen Drang nicht berücksichtigt so begeht sie einen Hochverrath an der Deutschen Nation, die hier und nirgends anders versammelt ist. Die Despotie ist vernichtet; nachdem die Royalisten durch Dachziegel und Flintenkugeln überzeugt worden sind, haben sie das konstitutionelle Prinzip anerkannt. Die Regierungen werden sich nicht vereinigen über den populairsten Mann; sie werden sich über einen Fürsten vereinigen, der in Steyermark lebt, der einen guten Trinkspruch ausgebracht hat, dessen politische Thaten wir aber nicht kennen, oder es wären die Thaten des Hauses Habsburg. Die wahre konstitutionelle Monarchie ist in der That nichts Anderes als die Republik, der Fürst besteht nur noch dem Namen nach. Im Gesammtstaat Deutschlands ist noch kein Herr, und es wäre gegen den Frieden, welchen die früheren Zustände und die Revolution von 1848 mit einander geschlossen haben, wenn in das konstitutionelle System vom Gesammtdeutschland ein bloßer Name gebracht würde. Die Mehrheit der Versammlung kann nicht beschließen, was sie will; sie kann nur auf republikanischer Basis beschließen und nicht über das hinausgehen, woher sie ihr Dasein ableitet, und wohin ihre Bestimmung geht. Wer aus der National-Versammlung herausgenommen wird, wird aus der Nation als solcher herausgegriffen. Es darf keine unverantwortliche Gewalt bestehen; schon durch die Bezeichnung als Reichs-Statthalter würde das Gefühl verletzt; wer unverantwortlich ist, der ist aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen; denn das größte Recht eines Mannes ist, für seine Handlungen einzustehen und sie zu verantworten. Unverantwortlichkeit ist logische und politische Unmöglichkeit. Wenn der Schoderiche Antrag den Regierungen die Bezeichnung des Präsidenten überläßt, so ist es eine Verletzung des Freiheitsgefühls; denn der Mensch verliert seine Freiheit, der sich für seine Wahl die Bezeichnung, die Initiative von anderer Seite gefallen läßt. In dieser republikanischen Versammlung haben gar Manche Platz nehmen müssen, welche gegen die Republik gesprochen haben. Der Verfasser des Ausschuß-Entwurfes hätte bedenken sollen, daß in den einzelnen Staaten keine eigentlichen Monarchieen, sondern nur (durch die Konstitutionen) mediatisirte sind. Statt der Fürsten-Republik des Bundestages vertritt die Versammlung die Volks-Republik. Der Redner erklärt für sich und seine Freunde, daß sie für nichts Anderes stimmen werden, als für die volle Souverainetät des Volkes. Sie müssen gegen einen anderen Beschluß vor ganz Deutschland und vor ganz Europa protestiren. Andere mögen das Recht übertragen; für sie ist es ein Prinzip, — und das kann man nicht aufgeben. Denn wer ein Prinzip aufgiebt, giebt seine Seele auf.

Apenrade, den 20. Juni. Seit dem 12. haben wir die Tannschen und Aldosserschen Freischaaren bei uns, und fast täglich treffen kleine und größere Verstärkungen derselben ein, gestern z. B. 48 Mann vom Rantzauschen Frei-Korps. Der Generalmarsch ertönte in den ersteren Tagen zu wiederholten Malen und führte die kriegslustigen jungen Männer in wenigen Minuten in Reihe und Glied; blinder Lärm war aber stets die Veranlassung dazu gewesen. Die Stadt ist verbarrikadirt und auf einen Angriff gefaßt. Die Schleswig-Holsteinischen Truppen liegen süd- und südwestlich in der Nähe der Stadt und können in einer Stunde durch Signale herbeigerufen werden. Die Preußen stehen hinter ihnen und werden auch nicht auf sich warten lassen.

— Vorgestern, am 18. Juni, war der Geburtstag des Hrn. Major v. d. Tann; er hat gerade vor 33 Jahren, also in demselben Jahre und an demselben Tage das Licht der Welt erblickt, an welchem die Schlacht von Waterloo geschlagen wurde. Als die hiesigen Bürger gegen Abend hiervon Kunde bekamen, ward schnell der Beschluß gefaßt, unserem tapfern Beschützer und in ihm seine todesmuthigen Schaar ein Hoch zu bringen. Gegen 10 Uhr stellten die Bürger sich in großer Zahl vor seiner Wohnung im „Norddeutschen Hotel" mit der schwarz-roth-goldenen Fahne auf; Herr Dr. Schow richtete ein paar Worte an den Gefeierten, worin u. a. der heldenmüthigen Einheit Deutschlands vor 33 Jahren wie der Gegenwart Erwähnung geschah und schloß mit einem Hoch, das aus voller Seele aus vielen hundert Kehlen dreimal widertönte. Weißgekleidete junge Mädchen erschienen und überreichten einen Lorbeerkranz nebst einigen Versen. Der edle, bescheidene Held des Tages trat vor und drückte uns tiefgerührt die Hände, äußerte, solch einen Geburtstag noch nicht erlebt zu haben und versicherte, so viel an ihm läge, solle die Stadt Apenrade möglichst geschützt und gesichert werden. Seine Schaar brachte ihm wiederholte Vivats, einen Fackelzug und die kräftigen Männerchöre erfüllten bis Mitternacht die belebten Straßen.

Prag, den 22. Juni. Es sind mir aus verschiedenen Theilen der Provinz wie aus dem Auslande **Dankadressen für die Unterdrückung der in den letzten Tagen stattgefundenen Unruhen** theils zugemittelt, theils durch Deputationen überreicht worden. Indem ich für die in diesen Dankadressen ausgesprochenen wohlwollenden und auf mein Gemüth wohlthätig wirkenden edlen Gesinnungen meinen verbindlichsten Dank ausdrücke, fühle ich mich durch diesen Anlaß zu der Erklärung verpflichtet, **daß ich die Waffengewalt keineswegs zu einem Parteienkampfe der Nationalitäten, sondern zur Bekämpfung eines offenen Aufruhrs anzuwenden bemüßigt war.**

Fürst Windischgrätz, F.-M.-L. und kommandirender General.

— Die Nachrichten aus Agram vom 23sten sind im höchsten Grade beunruhigend. Die in Pesth veröffentlichten K. Befehle, nach welchen der abwesende Banus entsetzt ist, haben dort Eingang gefunden, und da zugleich Berichte aus Innsbruck einliefen, nach welchen sich diese Königl. Entschließungen bestätigen, so erfolgte eine **furchtbare Aufregung**. „**Der Banus ist in Gefahr**,"

(Mit zwei Beilagen.)

dies ist das Losungsgeschrei und findet überall Echo. 4 Bataillons Grenz-Soldaten stehen in der Umgebung und warten nur auf den Augenblick, um loszuschlagen.

— Neuesten Nachrichten zufolge soll durch die Vermittelung des Grafen Albert Nugent zwischen den Serben und dem F.-M.-L. Baron Hrabowsky ein Waffenstillstand von 12 Tagen geschlossen und die Festung Peterwardein (?) übergeben worden sein. Das Standrecht ist in Neusatz und G. Kikinda aufgehoben. Cernoevics hat sich nach Pesth geflüchtet.

Kronstadt, den 15. Juni. Das Siebenb. Wochenblatt versichert folgende Conjunktur über die Abtretung der Moldau und Wallachei an Rußland von einer sonst ziemlich zuverlässigen Quelle erfahren zu haben: daß die Pforte als Loskaufungssumme für die Moldau und Wallachei 20 Millionen Plaster verlange. Rußland ist bereit, diese Summe den beiden Fürstenthümern vorzustrecken, und erbietet sich außer dieser Summe zu einem Darlehen von andern 20 Millioren zur Errichtung einer Moldau-Walachischen Nationalbank. Dafür haben die Fürstenthümer ihre Salinen, Bergwerke und Kirchengüter an Rußland zu verpfänden. Zur ferneren Sicherheit des Protektors sollen sofort 160,000 Mann Russischer Truppen die Fürstenthümer besetzen. Die ganze Geschichte soll auf dem eben zusammenberufenen Landtag verhandelt werden, und verweigern die Stände ihre Unterschrift zur Annahme dieses Antrages, so sind die beiden Fürsten beauftragt, die Namen der Stände nur selbst zu unterzeichnen und das Papier nach Petersburg zu schicken, wo dann alles Weitere schon in Ordnung gebracht werden wird. — Auf des Russischen Kommissairs, General Duhamel's Befehl ist in den Fürstenthümern eine sofortige genaue Aufnahme aller vorräthigen Landeserzeugnisse eingeleitet und deren Ausfuhr vom Augenblick der Aufnahme auf das Strengste verboten, da diese Vorräthe für die bald zu erwartenden Russischen Truppen bestimmt sind.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 22. Juni. An den Gesandten der Deutschen Hansestädte, Herrn Rumpf, welcher vorgestern der vollziehenden Kommission die Anerkennung der Französischen Republik von Seiten dieser Städte notifizirte, hat eines der Regierungs-Mitglieder, laut dem Moniteur, folgende Antwort gerichtet: „Die vollziehende Kommission empfängt mit Vergnügen im Namen Frankreichs die Anzeige von der Anerkennung der Französischen Republik durch die freien Hansestädte, so wie die Bezeugungen von Zuneigung, welche sie für die Grundsätze ausdrücken, die unsere Revolution proklamirt hat. Die alterthümliche Städte, die Sie vertreten, sind die Wiege der Demokratie und haben stets die Ordnung mit der Freiheit zu vereinigen gewußt. Schon durch diese allgemeinen Grundsätze verbunden, sind die Republik und die freien Städte einander noch durch zwei große Interessen genähert worden, welche auf immer ihre Vereinigung gründen, erstens die Freiheit der beiden Meere, dieses Erbgut der Hansestädte, zu dessen Erhaltung wir aus allen Kräften beitragen wollen; zweitens die Einheit Deutschlands, wovon Sie einen so interessanten Theil vertreten und deren Entwickelung zu unterstützen die Französische Politik die ganz besondere Absicht hegt. Stellen Sie diese doppelte Versicherung den Senaten der vier Städte zu, in deren Namen Sie zu uns sprechen, und was Sie persönlich betrifft, Herr Minister, so seien Sie überzeugt, daß die Februar-Revolution, weit davon entfernt, in unseren internationalen Verhältnissen einen Wechsel eintreten zu lassen, die Bande im Gegentheil fester und und enger schließen wird, welche die freien Städte mit Frankreich verknüpften."

— Venedig hat einen Gesandten hierher geschickt, der im Hotel Baillif wohnt und den Mitgliedern der Vollziehungs-Gewalt, so wie den Ministern, bereits mehrere Besuche abgestattet hat. Derselbe hat den Auftrag, Frankreich zu bewegen, Venedig, als seinem alten Bundesgenossen, in Wiederherstellung der republikanischen Staatsform Hülfe zu leisten.

— Zwei Linienschiffe zu Toulon sind befehligt, zur Verstärkung des Mittelmeer-Geschwaders nach Neapel abzugehen.

— Bei der Heerschau, welche vorgestern die vollziehende Kommission über die neu errichtete, aus etwa 2000 Mann bestehende republikanische Garde hielt, erklärte Herr Arago in einer Anrede an die Mannschaft, daß sie das volle Vertrauen der Regierung besitze, welche auf sie gegen alle Feinde der demokratischen Republik zähle, gleichviel wie dieselben verkappt seien.

— Der Moniteur enthält folgende Verordnungen: 1) Dekret, welches die Abstimmungs-Art durch Theilung in folgendes Verfahren umändert: Der Präsident fordert sämmtliche Mitglieder auf, sich auf ihre Plätze zu begeben, wo bereits weiße und blaue Stimmzettel, mit dem Namen des Deputirten auf der Rückseite, bereit liegen. Huissiers mit Urnen sammeln dann diese Zettel, deren weiße Farbe für die Annahme, die blaue für die Verwerfung spricht. Auf das Verlangen von 20 Mitgliedern vor Beginn der Abstimmung erscheinen am anderen Tage die Namen sämmtlicher Abstimmenden im Moniteur. 2) Dekret welches den Offizieren und den Unteroffizieren der Nationalgarde gestattet, auch dann noch ihre Stellen zu bekleiden, wenn sie zu Mitgliedern der Nationalversammlung gewählt werden. Diese Stellen bilden also auch eine Ausnahme von dem Unvereinbarkeits-Gesetz. 3) Dekret, welches der Stadt Limoges die Kontrahirung eines Anlehens und gewisse Selbstbesteuerungsrechte für 10 J. gestattet.

— Man bezeichnet den General Changarnier als den neuen Befehlshaber der Nationalgarde, nachdem Clemens Thomas dieses Kommando niedergelegt.

— Es weigert sich bereits in 15 Departements ein ansehnlicher Theil der Bevölkerung, die Zusatzsteuer von 45 Centimen zu bezahlen. Die Regierung hat den Einnehmern bei Eintreibung der Steuer die größte Mäßigung empfohlen. Eine Art Jury soll in den verschiedenen Orten darüber entscheiden, welchen Personen wegen Mittellosigkeit die Steuer zu erlassen sei. Die direkten Steuern haben im März dieses Jahres 57, im April 42, im Mai 22 Million. eingetragen.

Paris, den 23. Juni. Das „Journal des Débats" berichtet: „Seit einigen Tagen glaubte die Regierung, durch die energischen Beschlüsse der National-Versammlung gedrängt, endlich Maßregeln ergreifen zu müssen, um zur Auflösung der National-Werkstätten zu gelangen. Bekanntlich war am 20sten in allen Bezirken die Zählung vorgenommen worden, und ungefähr 12,000 Arbeiter, fast alle aus der Provinz, hatten sich auf die Listen eintragen lassen, indem sie sich bereit erklärten, nach den Departements abzugehen, um dort bei den Arbeiten, welche die Regierung angeordnet hat, beschäftigt zu werden. Die Führer suchten ihre Kameraden zurückzuhalten, durch Verbreitung des Gerüchts, daß ihnen in der Provinz eine sehr schlechte Behandlung bevorstehe, und daß die, welche sich schon dorthin begeben haben, von den Einwohnern geprügelt worden seien. Gestern früh erschien nun eine Gruppe von etwa 400 Arbeitern im Luxembourg und verlangte mit der Kommission der vollziehenden Gewalt zu sprechen. Herr Marie willigte in die Annahme einer Deputation, und begaben sich fünf derselben zu ihm. Als der, welcher an ihrer Spitze stand, Herrn Marie anreden wollte, weigerte sich dieser, ihn anzuhören, indem er ihm sagte, daß, da derselbe zu den Banden gehört, die am 15. Mai die National-Versammlung gestürmt, er in ihm nicht das Organ der Arbeiter anerkennen könne. Dann wandte sich Herr Marie zu den vier andern Abgeordneten, zu denen er gesagt haben soll: „„Sie sind nicht die Sklaven dieses Mannes, Sie können selbst Ihre Beschwerden vortragen."" Nachdem Herr Marie ihre Klagen aufmerksam angehört hatte, suchte er sie davon abzubringen, daß sie sich von den Unruhestiftern verleiten ließen, die sie in Empörungszustand gegen die Regierungsgewalt und gegen die Gesellschaft versetzen wollten. Er beruhigte sie übrigens vollkommen über die Absichten der Regierung, die sich eifrig und theilnehmend mit ihrem Loose beschäftige. Es scheint, daß die Abgeordneten den Arbeitern, welche ihrer auf dem St. Sulpice-Platz warteten, keinen genauen Bericht über diese Unterredung erstatteten, und daß sie, eine Aeußerung des Herrn Marie entstellend, ihnen sagten, dieser habe sie Sklaven genannt. Darauf begannen die Arbeiter zu schreien: Nieder mit Marie! Nieder mit der vollziehenden Kommission! Nieder mit der Versammlung! Einige stürzten nach dem Glockenthurm der St. Sulpice Kirche, vermuthlich um Sturm zu läuten, aber man hatte noch Zeit gehabt, die Treppenthür zu verschließen, und es gelang ihnen nicht, dieselbe zu sprengen Von da wendeten sie sich durch die Straßen Vieux-Colombier, St. Dominique und Bac nach den Quais. Auf dem Wege dorthin ließ sich eine neue Art von Geschrei vernehmen. Nach der Weise: Lampen, Lampen! schrie man: Wir bleiben, wir bleiben! Diese Kolonne zog durch die Vorstädte St. Antoine, St. Marceau und mehrere andere Stadtviertel. Unterwegs vermehrte sie sich durch einige hundert Müssige. Abends stellten sie sich auf dem Bastille-Platz und an der Barrière du Trone auf. Polizei-Kommissaire erhielten den Befehl, sich an Ort und Stelle zu begeben, um diese Zusammenrottungen zu zerstreuen. Es lebe Napoleon! Es lebe der Kaiser! Nieder mit Marie! Wir bleiben! war das einzige Geschrei, welches man von den Individuen hörte, welche an dieser Demonstration Theil nahmen. Die Regierung, welche fürchtete, die Ruhestörer möchten nach dem Palast der National-Versammlung vorzudringen versuchen, ließ ein Infanterie-Bataillon und zwei Dragoner-Schwadronen beordern, sich bei dem Palast aufzustellen. General Negrier, Quästor der National-Versammlung, übernahm sofort das Kommando über alle zum Schutz der Versammlung bestimmten Truppen. — Mitternacht. Die Manifestationen, welche am Morgen von einem Theil der Arbeiter der National-Werkstätten, ausgingen, haben am Abend ganz Paris in lebhafter Aufregung erhalten. Die Zugänge zum Stadthause waren fortwährend versperrt; eben so die Zugänge zum Luxembourg-Palast. Die Boulevards waren mit Volksgruppen bedeckt, in den Straßen St. Martin, St. Denis, Temple fanden Zusammenrottungen statt. Um 8 Uhr Abends füllte sich der Pantheon-Platz mit mehreren Tausend Arbeitern. Um halb 9 Uhr verließ eine 4—5000 Individuen starke Kolonne die Vorstadt und zog, eine Fahne voran, nach dem Quai des Stadthauses, über den Platz und in der Richtung nach dem Faubourg du Temple, wo sie, wie man sagte, sich mit den Arbeitern der Stadtviertel Temple und St. Antoine vereinigen wollte. Dieser Zug verursachte einige Besorgnisse, und als er vorüber war, wurde der Platz am Stadthause für den Verkehr gesperrt und die Arcole-Brücke von Militair besetzt. Im Laufe des Abends wurden Vorsichtsmaßregeln getroffen, die Nationalgarde theilweise zusammenberufen und ansehnliche Truppen-Abtheilungen im Luxembourg versammelt. Um 10 Uhr rückten eine Dragoner-Schwadron und mehrere Compagnien Linientruppen, Mobilgarde und Nationalgarde auf den großen Stadthaus-Platz, um dort zu bivouakiren. Um 11 Uhr stellte sich ein Linien-Bataillon im Hofe der Polizei-Präfektur auf. Der Zugang zum Justiz-Palast wird von der Mobilgarde bewacht. Der Palast der National-Versammlung ist ganz mit Truppen angefüllt, und in den Umgebungen desselben findet ein sehr lebhafter Wachsamkeitsdienst statt. Ueberall sieht man zahlreiche bewaffnete Macht, und auf allen Mairien ist ein starkes Piket in Permanenz." Hier, in der Mitte der Nacht vom 22sten zum 23sten bricht der Bericht des „Journals des Débats" ab.

— Der sardinische Botschafter hat gestern im Namen des diplomatischen Corps, dem die Vorlegung des Entwurfes für Mobilisirung von 300 Bataillonen Nationalgarde und insbesondere ein Theil der Beweggründe, welche der Minister für diese Maßregel angab, einige Bedenken erweckt haben, den Minister des Auswärtigen um Erläuterungen ersucht. Dieser erwiderte, daß der feste Entschluß der vollziehenden Gewalt dahin gehe, den Frieden und das Einvernehmen mit den fremden Mächten aufrecht zu halten, und daß die Mobilisirung der Nationalgarde bloß eine Vorsorge-Maßregel sei. Die Gesandten haben angekündigt, daß sie an ihre Höfe berichten würden.

— Das Finanz-Comité begann gestern die Prüfung des berichtigten Budgets von 1848. Das erste Kapitel des Justiz-Budgets, die Besoldung des Ministers betreffend, veranlaßte längere Erörterungen über die Frage der Beamten-Gehalte. Das Comité entschied mit Stimmenmehrheit, daß die Besoldung eines Ministers künftig 36,000 Fr. betragen solle und nicht 48,000, wie Herr Berryer vorgeschlagen hatte. Unter der vorigen Regierung bezogen die Minister jährlich 80,000 Fr., und der Minister des Auswärtigen noch die Hälfte mehr. Unter dem Kaiserreich und der Restauration war das Einkommen der Minister noch weit bedeutender. Gestern wurde in der National-Versammlung der Bericht des Finanz-Comité's über die Finanzlage vertheilt. Das Comité lobt den Minister dafür, daß er die Idee der Verausgabung von Papiergeld zurückgewiesen habe, stimmt aber seinen Hoffnungen und Veranschlagungen in Bezug auf die Hilfsquellen und Mittel nicht bei, durch welche er die Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht bringen zu können glaubt. Auch berechnet das Comité, daß dem Minister alle seine Hilfsquellen, statt der 380 Millionen, die er in seiner finanziellen Bilanz zu finden meinte, nur 250 Millionen verschaffen würden.

Paris, den 23. Juni. (Köl. Ztg.) Paris hat heute einen blutigen Tag gehabt, wie ihn die gestrigen Vorgänge leider befürchten ließen. Von 11 Uhr bis 5 Uhr hat man sich an mehreren Punkten, auf den Boulevards, in der Cité, in den Vierteln St. Denis und St. Martin mit Erbitterung geschlagen.

— Die Nacht war lärmend gewesen, einige Posten wurden bedroht und in den Vierteln St. Denis und St. Martin begann man mit Errichtung von Barrikaden. Von Tagesanbruch an trug Paris ein düsteres Ansehen. Die Boulevards, vom Thore St. Denis bis zu den „Filles du Calvaire" waren mit zahlreichen Zusammenrottungen bedeckt. Arbeiter der National-Werkstätten erklärten, Paris nicht verlassen zu wollen; andere brachten allerhand Beschwerden vor. Gegen 10 Uhr erscholl auf der ganzen Linie der Boulevards der laute Ruf nach Barrikaden; Omnibus wurden umgestürzt; der obere Theil des Thores St. Denis ward besetzt; die Straßen St. Denis, St. Martin und Rambuteau wurden verbarrikadirt. In diesem Augenblicke wurden Mobilgardisten am Posten Bonne Nouvelle entwaffnet; bald aber ward der Posten von Neuem durch die National-Garde besetzt und ein zweites Detachement, welches dem Posten zu Hülfe kam, besetzte das ganze Trottoir vor dem Gymnase. Die Menge stand an diesem Punkte dicht gedrängt; jeden Augenblick versuchte man, die Schildwachen, welche sie entfernt halten sollten, mit Gewalt zu entwaffnen. Von Zeit zu Zeit hörte man vom Waffenplatze her und aus dem Bereiche zwischen den Thoren St. Denis und St. Martin Flintenschüsse fallen, die jedoch angeblich in die Luft gerichtet waren. Die National-Gardisten hielten sich dort, die Waffe im Arm, und näherten sich allmählich der Barrikade. Es kam Befehl, sie zu nehmen; ein Offizier trat mit einem Polizei-Kommissar vor und erließ die üblichen Aufforderungen. „Wir thun nicht Uebles" — erwiderte man von der anderen Seite —; „bleiben Sie daheim; wir sind hier zu Hause." Während dieses Hin- und Herredens kam es zum Feuern, ohne daß man weiß, wer zuerst schoß. Gleichzeitig mußte der hart bedrängte Posten Bonne-Nouvelle die Menge mit den Waffen zurücktreiben. Auch dort kam es zum Gewehrfeuer. Ein Bataillon der National-Garde war auf dem Boulevard Poissonniere; es lud seine Gewehre und marschirte seinen weiterhin im Kampfe begriffenen Brüdern zu Hülfe. Das Gewehrfeuer war jetzt furchtbar; es dauerte 20 bis 25 Minuten ohne Unterbrechung. Nach Verlauf dieser Zeit war man Herr des Boulevards St. Denis. Gegen 11 Uhr fing auch am Thore St. Martin, auf der Seite des Boulevard du Temple, die National-Garde zu schießen an. Sie bemächtigte sich ziemlich rasch der Barrikaden und besetzte die Nachbarstraßen. Man versichert, daß die Soldaten einer Kaserne mit den Meuterern fraternisirt haben. Das Viertel St. Jacques war sehr unruhig; National-Gardisten wurden dort entwaffnet. Bei den Hallen machte man ebenfalls Entwaffnungsversuche und es fielen einige Flintenschüsse. Die Zahl der Todten ist noch unbekannt. Man sieht in den Reihen der National-Garde wenig Arbeiter und nicht uniformirte Gardisten; doch bemerkt man darunter einige Individuen mit Jagdgewehren. Manche, die zur Reiterei und Artillerie der National-Garde gehören, gewahrt man zu Fuß in den Reihen. Auf dem Boulevard Poissonniere, sehr entfernt vom Kampfplatze, hat eine Kugel einen Mann getödtet. Die Mobilgarde trug die Gewehre umgekehrt, weil sie nicht auf das Volk feuern wollte.

Telegraphische Depesche.

Paris, den 24. Juni, um 3 Uhr Nachmittags. Der Aufruhr dauert fort. Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt und die Regierungsgewalt dem General Cavaignac übertragen.

Der Sieg neigt sich auf Seiten der bewaffneten Macht.

Eine zweite telegraphische Depesche, aus **Brüssel**, den 24. Juni, 4 Uhr Nachmittags, abgegangen, meldet:

Die Exekutiv-Kommission und das Ministerium haben abgedankt.

Eine dritte telegraphische Depesche, datirt **Paris**, den 24. Juni, Abends 8 Uhr, lautet:

Der Kampf hat noch nicht geendet. Die Truppen und die National-Garde sind treu geblieben. Cavaignac führt allein das Kommando. (Pr. Staats-Anz.)

Italien.

Rom, den 10. Juni. Gioberti ist heute von hier abgereist, um sich über Perugia und Ankona nach Bologna zu begeben.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Kempen, den 25. Juni. Dem Verfasser jenes, sub. No. 143 enthaltenen, mich verunglimpfenden Aufsatzes, diene zur Erwiderung: daß so lange Dr. B. auf Kosten der leidenden Menschheit seiner Selbstsucht fröhnt, ich Bedenken tragen muß, mich ihm auf Befehl, als mechanischen Gehilfen unterzuordnen, da mir nicht zugemuthet werden kann, daß ich für ihn, die Kastanien aus den glühenden Kohlen ziehend, die Folgen seiner egoistischen Voreiligkeit auf mich lade. Ein Mehreres meiner hohen vorgesetzten Behörde.

Dr. Juncker, Königl. Kreis-Physicus.

Berichtigungen. In der Adresse aus Schneidemühl an das Deutsche National-Comité zu Posen No. 145. d. Ztg. (Beilage) haben sich wegen Unleserlichkeit der Namen mehrere Fehler eingeschlichen. Es muß nämlich heißen statt: Eberty — Plesch, st. v. Sahlern — v. Saldern, st. Köln — Köhn, st. S. Maskrath — S. Markwald, st. L. Mankey — L. Manthey, st. Brese — Briese, — st. Dr. Emse — Dr. Hentschel, st. M. Massau — M. Manasse, st. Husch — Hirsch, st. Barchknech — Barsknecht, st. H. Marewald — H. Markwald.

Bekanntmachung.
Die Betheiligung bei der durch die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 25. April c. genehmigten freiwilligen Staats-Anleihe ist für unsern Verwaltungsbezirk bisher noch nicht in einem den Erwartungen entsprechenden Umfange hervorgetreten, denn es sind bis jetzt

a) an baar eingegangenen Geldsummen nur aufgekommen 7390 Rthlr. (darunter von Staatsbeamten 5070 Rthlr.),
b) an Gold- oder Silbersachen 16 Posten (darunter 13 von Staatsbeamten.)

Die Ursache dieser spärlichen Betheiligung scheint zum Theil darin zu liegen, daß die Bedeutung der freiwilligen Anleihe noch nicht überall anerkannt worden ist. Wir finden uns daher veranlaßt, die Bewohner unsers Verwaltungs-Bezirks auf die Amtsblatts-Bekanntmachungen vom 3. und 23. Mai c. und 1. d. Mts, Amtsblatt Seite 143—146, zweites Extrablatt zu No. 21 und Seite 191, wiederholt aufmerksam zu machen und die eifrige Förderung dieser Angelegenheit nicht allein sämmtlichen Kreis- und Lokalbehörden, sondern überhaupt allen, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, dringend zu empfehlen.

Posen, den 18. Juni 1848.
Königliche Regierung. Kries.